

Abteilung I

**Nr. 94**

**Dringlichkeits-Antrag**

der Fraktion der KPD.

Nachdem bereits im Juni in Neu-Isenburg rund 1200 Personen auf Veranlassung der Militärregierung aus ihren Wohnungen exmittiert wurden, erging in dieser Woche eine neuerliche Anweisung der Militärbehörde zur Räumung umfangreicher Wohngebiete, von der diesmal etwa 2500 Menschen betroffen werden. Die Räumung muß in kürzester Frist durchgeführt werden; und auch diesmal dürfen die Bewohner nur ein Minimum persönlicher Habe mitnehmen.

In Neu-Isenburg sind infolge Kriegseinwirkung nur 60% des ursprünglichen Wohnraums zur Verfügung. Durch die Umevakuierung der im Juni Ausgewiesenen ist der verbliebene Wohnraum bereits auf das Äußerste in Anspruch genommen. Die neuerlichen Ausweisungen müssen infolgedessen zu untragbaren Folgen für die gesamte Bevölkerung der großen Arbeiterwohngemeinde führen.

In Anbetracht dieser Umstände beantragt die Fraktion der KPD zur Überbrückung dringlichster Notstände:

1. Es ist seitens des Großhessischen Staatsministeriums alle nur mögliche Hilfe zu geben, damit für die von der Beschlagnahme betroffenen Personen eine Gemeinschaftsküche eingerichtet werden kann.
2. Es ist zu veranlassen, daß unverzüglich Notwohnungen errichtet werden. Zur Erleichterung einer weitgehendsten Ausnutzung vorhandenen Wohnraums, ist ein bestimmtes Kontingent von Öfen und Herden zuzustellen.
3. Das Staatsministerium wird ersucht, bei der Militärregierung eindringlichst Vorstellung in der Richtung zu erheben, daß künftighin Wohnraumbeschlagnahmungen in den Gemeinden, in denen ohnedies eine drückende Wohnungsnot herrscht, unterbleiben.

gez. Bauer.

---

**Nr. 95**

**Dringlichkeits-Antrag**

der Fraktion der KPD.

Nach einer Diskussion über das Kriegsgefangenenproblem hat die Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen beschlossen, ein Telegramm an den Interalliierten Kontrollrat zu senden mit der Bitte um baldige Entlassung aller deutschen Kriegsgefangenen und der sofortigen Veröffentlichung der Listen, der sich noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen.

Die Verfassungberatende Landesversammlung ersucht das Großhessische Staatsministerium dafür zu sorgen, daß alle Kriegsgefangenen bei ihrem Eintreffen in der Heimat umgehend in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden können, sowie Wohnung und Kleidung erhalten.

gez. Bauer, Krüger, K. Willmann, von der Schmitt,  
Rademacher, Feutner, Diez.

---